

Interpellation SVP-Fraktion: «Vorteilhaftere Rahmenbedingungen für die St.Galler Wirtschaft

Der Neubau des Landwirtschaftlichen Zentrums in Salez stand wiederholt in wirtschaftspolitischem Schussfeld (u.a. Gesetzgebung 35.13.02, Volksabstimmung, Interpellation 51.16.10, Einfache Anfrage 61.17.09). Letztlich wurde ein nicht unbedeutender Auftrag zur Lieferung der Fenster an einen deutschen Mitbewerber erteilt; diverse Schweizer Anbieter gingen dabei leer aus. Dies, nachdem bereits zuvor namhafte Schweizer Fensterproduzenten wie die EgoKiefer AG mit Hauptsitz in Altstätten/SG ihre Produktion vollständig aufgegeben bzw. ins Ausland ausgelagert hatten.

Die Schweizer Handwerksbranchen tun sich offensichtlich zusehends schwer; «Swissness» und «Swiss Made» scheint nur mehr sporadisch als Trumpf zu stechen; «billig» und «Geiz ist geil» sind wohlbekannte Schlagwörter. Das am 15. April 1994 in Marrakesch unterzeichnete Gründungsdokument der WTO und das darauf basierende Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (Government Procurement Agreement, GPA) – welches am 1. Januar 1996 in Kraft trat – dürfte dazu beigetragen haben, zumindest bei der Vergabe innerschweizerischer Aufträge. Beim GPA handelt es sich um ein plurilaterales Abkommen, d.h. es wurde nicht von allen Mitgliedern der Organisation unterzeichnet. Zwischenzeitlich wurde das revidierte GPA 2012 verabschiedet. Die Schweiz hat zwar das GPA 1994 ratifiziert, das revidierte Abkommen jedoch noch nicht. Bund und Kantone nutzen die Einführung des GPA 2012 nicht nur, um die neuen Bestimmungen des GPA in den jeweiligen Gesetzen umzusetzen, sondern auch zur Harmonisierung des schweizerischen und kantonalen Beschaffungsrechts. Die Schweiz kann das GPA 2012 nicht ratifizieren, bevor diese Projekte abgeschlossen sind. Bis dahin gelten für Bund und Kantone noch die Bestimmungen des GPA 1994, wobei dieses offen lässt, ob dem billigsten Angebot oder demjenigen Angebot der Zuschlag zu erteilen ist, das anhand der «spezifischen Bewertungskriterien» in den Bekanntmachungen oder den Vergabeunterlagen als das vorteilhafteste beurteilt wird.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Inwiefern erachtet die Regierung das zur Ratifizierung anstehende GPA 2012 als vorteilhaft bzw. nachteilig für die Interessen der Schweizer und insbesondere der St.Galler Wirtschaft?
2. Mit welchen konkreten Massnahmen ist die Regierung gewillt, der inländischen Wirtschaft – insbesondere im primären und im sekundären Wirtschaftssektor – vorteilhaftere Rahmenbedingungen zu verschaffen?
3. Mit welchen konkreten Massnahmen setzt die Regierung – mit Blick auf das zur Ratifizierung anstehende GPA 2012 – im Rahmen der Umsetzung des Beschaffungsrechts die Interessen der schweizerischen und insbesondere kantonalen Wirtschaft um?
4. Wird seitens der Regierung konkret darauf hingearbeitet, weitere bzw. vermehrt «spezifische Bewertungskriterien» im Sinn der Vorgaben der Schweizer Berufsverbände (z.B. Sicherung des Ausbildungsstandes einer Berufsgattung, insbesondere durch Lehrlingsausbildung in der Schweiz) in die Vergaberichtlinien einfließen zu lassen? Wenn ja, inwiefern bzw. welche?
5. In der Schwerpunktplanung 2017–2027 erwähnt die Regierung eine nicht näher umschriebene Strategie, wonach sie eine nachhaltige Standortpolitik zur Stärkung des kantonalen Wirtschaftsraums betreibt. Welches sind die konkreten Massnahmen?
6. Sieht die Regierung anhand der Erfahrungen mit dem Neubau des Landwirtschaftlichen Zentrums in Salez einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf und -spielraum im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens?
7. Ist die Regierung daran interessiert, die Schwellenwerte nach Art. 6 Abs. 1 des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (SR 172.056.1; BöB) anzuheben?»

12. Juni 2017

SVP-Fraktion